

Open Government in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021

Wie steht es mit dem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln?

Kompakter Vergleich
ausgewählter Wahlprogramme
zur Bundestagswahl 2021
für das Open Government
Netzwerk Deutschland

Version vom 15.09.2021

Prof. Dr. Jörn von Lucke
Manuel Mayr
The Open Government Institute
Zeppelin Universität Friedrichshafen

Zeppelin Universität gemeinnützige GmbH
Am Seemooser Horn 20 88045 Friedrichshafen | Bodensee

Präsident Prof Dr Klaus Mühlhahn
Geschäftsführung Prof Dr Klaus Mühlhahn
Präsidium Prof Dr Klaus Mühlhahn (Vorsitzender)
Prof Dr Martin Tröndle | Prof Dr Anja Achtziger | Matthias Eckmann

Sitz der Gesellschaft Friedrichshafen | Amtsgericht Ulm HRB 632002
Sparkasse Bodensee IBAN DE79 6905 0001 0023 6085 08 SWIFT-BIC SOLADES1KNZ

Jörn von Lucke

Prof Dr

Lehrstuhl für Verwaltungs-
und Wirtschaftsinformatik

The Open Government Institute (TOGI)

Fon +49 7541 6009-1471
Fax +49 7541 6009-1499

joern.vonlucke@zu.de

<http://togi.zu.de>



Zusammenfassung

Am 26.09.2021 sind die deutschen Bürger aufgerufen, den 20. Deutschen Bundestag zu wählen. Das Wahlergebnis bestimmt über die Zusammensetzung und den Kurs der nächsten Bundesregierung. Die Corona-Pandemie 2020/21 hat in vielen Bereichen deutlich aufgezeigt, wo Wirtschaft, Verwaltung, Kultur und Gesellschaft an ihre Grenzen gestoßen sind und wo in Zeiten der Digitalisierung dringende Handlungs- und Verbesserungsbedarfe bestehen. Parteien und Politiker sind bei der Gestaltung des digitalen Wandels von Staat und Verwaltung besonders gefordert. Ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln entwickelt hier ganz praktische Relevanz. Offenheit lässt sich etwa mit Portalen, Informationsfreiheitsgesetzen, Bürgerdialogen, offenen Datenräumen, kommunalen Beteiligungshaushalten und digitalen Erprobungsräumen sehr unterschiedlich realisieren.

Seit 2016 nimmt Deutschland an der Open Government Partnership teil. Bund und Länder erarbeiten, beschließen und verwirklichen dazu regelmäßig Nationale Aktionsprogramme, unter Einbindung der Zivilgesellschaft. Daher stellt sich die Frage, welche Forderungen zu einem offenen Verwaltungshandeln sich in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 finden. Dazu untersuchte The Open Government Institute (TOGI) der Zeppelin Universität die Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen sowie jene der aktuell nicht im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien Piratenpartei Deutschland und Volt Deutschland. Dabei wurden die Programme anhand von Aussagen zu den Themenkomplexen Open Government, Transparenz, Bürgerbeteiligung, Zusammenarbeit, offene Daten, offener Haushalt, offenes Bildungswesen sowie offene gesellschaftliche Innovationen komprimiert in einer vergleichenden Darstellung zusammengefasst.

In allen untersuchten Wahlprogrammen können Forderungen zu einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln identifiziert werden, die sich aber in Inhalten, Breite und Tiefe durchaus unterscheiden. So finden sich sowohl allgemein gehaltene Forderungen und Zielsetzungen als auch konkrete Vorschläge wie die Einführung eines Lobbyregisters, einer legislativen Fußspur, Volksentscheide auf Bundesebene oder die Verknüpfung von öffentlicher Forschungsförderung mit einer freien Veröffentlichung der Ergebnisse. In Qualität wie Quantität zeigen sich hinsichtlich der Forderungen deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. Die AfD misst Open Government in seiner Gesamtheit eine geringe Bedeutung bei. CDU/CSU, FDP und Volt Deutschland befürworten ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln, stellen aber nur vereinzelte Forderungen auf. SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und die Piratenpartei Deutschland positionieren sich in einem weiten Spektrum. Alle Parteien verfolgen eigene Schwerpunkte, die in ihrer Breite viel Gestaltungspotential eröffnen.

Unabhängig vom Wahlausgang und den an der Regierung zu beteiligenden Parteien wird die Digitalisierung in der kommenden Legislaturperiode eine wichtige Rolle spielen. Staat und Verwaltung werden sich weiter verändern und müssen die Bürger mitnehmen. Es überrascht daher nicht, dass in allen untersuchten Wahlprogrammen Forderungen zu einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln und zur Einbindung von Bürgern in diese Modernisierungsprozesse enthalten sind.

Prof. Dr. Jörn von Lucke ist Professor der Zeppelin Universität, Direktor vom The Open Government Institute (<http://togi.zu.de>). Im Auftrag der Fachgruppe Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. (<http://fg-vi.gi.de>) wirkt er im Open Government Netzwerk Deutschland (<http://opengovpartnership.de>) mit. Manuel Mayr BA ist studentischer Mitarbeiter am Institut.

1 Vergleichende Übersicht zum Offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln in den Wahlprogrammen 2021

1.1 Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government)



- *Wir stehen zum Konzept des offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns (Open Government) und wollen – wo immer möglich – Offene Daten (Open Data) und quelloffene Lösungen zum Einsatz bringen*
- *Deutschland ist ein tolerantes und weltoffenes Land*



- *Die Prinzipien offenen Regierungshandelns - Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit - sind für uns handlungsleitend. Wir werden die Nationalen Aktionspläne im Rahmen der Open Government Partnership Deutschlands umsetzen und weiterentwickeln*



- *Im Zentrum unseres Menschenbildes stehen Freiheit und Verantwortung. Wir gehen von der Befähigung und Bereitschaft jedes einzelnen aus, in Freiheit und Verantwortung sein Leben zu gestalten und seine Angelegenheiten und die seiner Familie zu besorgen*



- *Wir Freie Demokraten setzen auf Weltoffenheit, Toleranz und den Wettbewerb der besten Ideen*
- *Tolerante und weltoffene Gesellschaft*
- *Offene Strategische Souveränität der EU anstreben*
- *Menschenrechte im digitalen Zeitalter schützen*



- *DIE LINKE steht für eine lebendige Demokratie*
- *Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung erleichtert neue Beteiligungsformate für demokratische Entscheidungen, transparente Entscheidungen und schnellere Bearbeitung von Bürgeranliegen*



- *Individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement überall im Land*
- *Mit barrierefreien E-Government- Dienstleistungen, sicheren digitalen Beteiligungsformaten und Open Government wollen wir unsere Verwaltung modernisieren*



- *Einstehen für eine offene, freie und pluralistische Gesellschaft*
- *Verzahnung von Smart Economy, Smart Governance und Smart Mobility auf Grundlage umfassender Betrachtung*
- *Steigerung der direkten und indirekten Mitbestimmungsmöglichkeiten eines jeden Einzelnen*



- *Deutschland braucht Europa, Europa braucht Deutschland*
- *Wir fordern eine reformierte EU der Bürger*innen*
- *Grenzübergreifend und gemeinsam*
- *Wir wollen unsere Zukunft gestalten*

1.2 Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns

	<ul style="list-style-type: none"> • Im Deutschen Bundestag werden wir einmal pro Jahr in einer Umsetzungswoche den Fortschritt und die Wirkung unserer Gesetzgebung transparent machen • Mehr Datentransparenz bei digitalen Angeboten. Wir wollen einfache, verständliche Allgemeine Geschäftsbedingungen
	<ul style="list-style-type: none"> • Informationsfreiheitsrecht zu einem wirksamen Transparenzrecht weiterentwickeln und ausbauen • Legislativer und exekutiver Fußabdruck • Einfluss von Lobbyisten sichtbar machen • Alle Bundestagsabgeordneten legen ihre Einkünfte offen
	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen hinsichtlich der Nebentätigkeiten von Parlamentariern deutlich verschärfen, um Bestechung zu verhindern • Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten
	<ul style="list-style-type: none"> • Selbstbestimmung und Transparenz beim Datenschutz • Für ein starkes EU-Parlament und mehr Transparenz, institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU
	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau Informationsfreiheitsgesetz zu Transparenzgesetz • Smart-City-Daten kostenfrei zur Verfügung stellen • Maschinenlesbares transparentes Lobbyregister • Legislative Fußspur • Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein
	<ul style="list-style-type: none"> • Doppelte Buchführung des Bundeshaushaltes • Transparenz herstellen und alle ÖPP-Verträge veröffentlichen • Klare Kommunikationsstrategien über Entscheidungsgründe • Bundestransparenzgesetz für staatliches Open Data • Lobbyregister, legislative Fußspur, öffentliche Fachausschüsse
	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzes-TÜV im Bundestag zum Schutz von Bürgerrechten • Ausgewogene Information der Öffentlichkeit über die Inhalte von Volksbegehren und Volksentscheiden • Einflussnahme auf politische Entscheidungen offenlegen: Lobbyregister, Transparenz- und Nebeneinkunftsregeln
	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung von Transparenz der Institutionen der EU • Inhaltliche Positionen sowie Dokumente bereits während des Verhandlungsprozesses und der Erarbeitung von Gesetzesvorhaben in der EU öffentlich machen • Lobbyregister und exekutiver Fußabdruck

1.3 Bürgerbeteiligung im politischen Prozess (Partizipation)

	<ul style="list-style-type: none"> • Wir werden eine neue Beteiligungskultur schaffen, die mehr Transparenz in die Planung großer Bauprojekte bringt und alle Akteure früh einbindet • Wir wollen frühe Bürgerbeteiligung. Gerade digitalisierte Verfahren bieten hierfür enorme Potenziale
	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Wege der unmittelbaren Beteiligung an staatlichen Entscheidungen: Systematische und frühzeitige Beteiligung der Bürger an staatlichen Projekten • Demokratieförderungsgesetz & Programm „Demokratie leben“ • Digitale und mediale Teilhabe allen Bürgern ermöglichen
	<ul style="list-style-type: none"> • Volksabstimmungen nach Schweizer Modell • Das Volk soll die Möglichkeit erhalten, eigene Gesetzesinitiativen einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen, ohne thematische Beschränkungen • Freie Listenwahl bei der Wahl der Parlamente
	<ul style="list-style-type: none"> • Die Modernisierung des Staatswesens macht wieder mehr Lust auf Demokratie und stärkt demokratischen Prozesse • Chancen der Bürgerberatung für die Stärkung des Deutschen Bundestags nutzen • Zukunftskonferenz für neuen Schwung in Europa nutzen
	<ul style="list-style-type: none"> • Digitale Beteiligungsmöglichkeiten in allen Lebensbereichen erhöhen statt Ausgrenzung von Menschen zu akzeptieren • Volksinitiativen, -begehren und -entscheide auf Bundesebene • Einrichtung verbindliche Bürger*innenforen • Ausbau des Petitionsrechts als Bürgerrecht
	<ul style="list-style-type: none"> • Mehr Möglichkeiten schaffen, damit Menschen sich zur Gestaltung des Zusammenlebens einbringen können • Direkte Beteiligungsmöglichkeiten wie Bürger*innenräte bereichern die Demokratie und stärken die Repräsentanz • Digitales Beteiligungsportale (Vorbild Baden-Württemberg)
	<ul style="list-style-type: none"> • Mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz • OpenAntrag für den Deutschen Bundestag als digitale, Open-Source-basierte Infrastruktur für die Menschen • Einführung bundesweiter Volksentscheide • Smart Cities als plattformbasierte Ansätze für Demokratie
	<ul style="list-style-type: none"> • Einheitliches europäisches Wahlrecht • Erarbeitung einer europäischen Verfassung durch Bürger • Bürger*innenräte auf deutscher wie europäischer Ebene • Stärkere Vernetzung unter Jugendlichen für politische Forderungen durch eine digitale Plattform fördern

1.4 Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln (Kollaboration)

	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Neue Formen der Zusammenarbeit etablieren: Interdisziplinäre Projektarbeit zum Standard in Verwaltungen machen</i> • <i>Modernisierungsteams in allen Geschäftsbereichen</i> • <i>Reallabore und digitale Modelprojekte für die Verwaltung</i> • <i>Bürgerschaftliches, freiwilliges Ehrenamt fördern</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Ehrenamtliches zivilgesellschaftliches Engagement</i> • <i>Starke Zivilgesellschaft, zeitgemäßes Gemeinnützigkeitsrecht</i> • <i>Mittel bereitstellen, damit Kunst und Kultur allen offenstehen</i> • <i>Vernetzung und verstärkte Zusammenarbeit zwischen Medien, Kultur und Bildung für digital verfügbare Inhalte</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Ferner soll den Parteien endlich die Beteiligung an Unternehmen, insbesondere Medienunternehmen, verboten werden.</i> • <i>Whistleblower-Gesetz mit verständlichen klaren Regeln sowie Anpassung des Beamtenrechts, mit vertraulichen internen Whistleblower-Kanälen und externen Meldemöglichkeiten</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Mit den Bürgern Deutschlands Potentiale entfesseln.</i> • <i>Für eine wehrhafte Demokratie: Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements fördern</i> • <i>Ehrenamt von Bürokratie und Haftungsrisiken entlasten</i> • <i>Zugang zu digitalen Lösungen für Vereine vereinfachen</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Aufbau von commonsbasierten öffentlichen Alternativen statt marktbeherrschenden Plattform-Monopolen</i> • <i>Wir wollen Whistleblower schützen. Personen und Strukturen, die Missstände und Verbrechen (...) öffentlich machen, sind für eine Demokratie lebensnotwendig</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Gemeinsame Erarbeitung einer Strategie gegen Einsamkeit</i> • <i>Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“</i> • <i>Stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft durch partizipative und vernetzende Formate</i> • <i>Engagement und Ehrenamt ermöglichen, fördern, stärken</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Digitale Gemeingüter für alle Menschen (Commons), wie beispielsweise Freie Software, freie Kulturgüter, offene Patentpools und freie Bildungsangebote</i> • <i>Für den digitalen Wandel Plattformen schaffen und die Verantwortung dafür an Bürger übertragen</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Bedarf für mehr europäische Zusammenarbeit</i> • <i>Stärkung der Partnerschaften und Austauschprogramme auf lokaler und regionaler Ebene</i> • <i>Größeres Budget für Städtepartnerschaften nach dem Vorbild der International Urban Cooperation der EU</i>

1.5 Freie und offen zugängliche Verwaltungsdaten (Open Government Data)



- *Leistungsfähige Dateninfrastruktur auf der gesamten Fläche für die Schaffung von Open-Data-Lösungen*
- *Staatliche digitale Plattform für öffentliche Agrardaten*
- *Staat als Treiber von offenen Standards in Wirtschaft und Verwaltung: So ermöglichen wir mehr Wettbewerb*



- *Daten sollen für gemeinwohlorientierte digitale Dienstleistungen und Innovationen nutzbar gemacht werden*
- *Datengesetz, das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellt*
- *Staat muss beim Datenteilen mit gutem Beispiel vorangehen*
- *Förderung der Entwicklung von Anonymisierungstechniken*



- *Für eine liberale Datenpolitik*
- *Interoperabilität zwischen Diensten verschiedener Anbieter*
- *EU-weiter Rechtsrahmen für nichtpersonenbezogene Daten*
- *Ablehnung einer generellen Datenteilungspflicht*
- *Zugang zu Daten sektorbezogen und gegen Entgelt*



- *Mit öffentlichen Mitteln erstellte Informationen müssen im Sinne von Open Data kostenlos öffentlich zugänglich sein*
- *Daten, die demokratische Kontrolle ermöglichen, maschinenlesbar und mit offenen Schnittstellen abrufbar machen*
- *Smart-City-Daten kostenfrei zur Verfügung stellen*



- *Dezentrale Forschungsdateninfrastruktur*
- *Staatliche Datenbestände der Allgemeinheit nach Prinzipien der Open Data zur Verfügung stellen*
- *Ausbau des Datenportals GovData zu Open- und E-Gov-Portal*
- *Öffentl. Dateninstitut mit gesetzlichem Forschungsauftrag*



- *Freier Zugang zu allen durch öffentliche Stellen erzeugten oder mit Hilfe öffentlicher Förderung entstanden Inhalte*
- *Aufbau öffentlich zugängliches Bürgerinformations-Portal*
- *Staatlich erhobene Daten unter dem Grundsatz „Open Data“ für die Allgemeinheit zur Verfügung stellen*



- *Möglichst viele der durch den Staat erhobenen Daten öffentlich zugänglich und von allen nutzbar machen*
- *Offene Daten können die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger stärken, innovative Geschäftsmodelle hervorbringen und die Forschung erleichtern: Beteiligung an GovData stärken*

1.6 Öffnung von Haushaltswesen und Haushaltsdaten (Open Budget 2.0)



DIE LINKE.



- *Transparenz herstellen und alle ÖPP-Verträge veröffentlichen*
- *Steuerwesen für Bürger gerechter und transparenter machen*
- *Mit Regionalbudgets geben wir Bürgern und Akteuren vor Ort die Möglichkeit ihre Dörfer und Städte selbstbestimmt zu entwickeln und gestalten*



- *Bürgerhaushalt: Bürgerinnen und Bürger sollen bundesweit ihre Meinung zur sinnvollen Verwendung von Investitionsgeldern sowie zu Einsparmaßnahmen im Bundeshaushalt äußern. Die Stellungnahmen sollen gewichtet werden und bei der Aufstellung des Haushalts Berücksichtigung finden*

Volt

- *Einführung von Bürger*innenbudgets in allen Kommunen, die von Bürgern aktiv in einem mehrstufigen Verfahren mitgestaltet werden können*
- *Bürger*innenbudgets sollen einen prozentualen Anteil des jeweiligen Haushalts umfassen*

1.7 Open Access und Open Education

	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Digitale Bildung stärken</i> • <i>Nationale Bildungsplattform aufbauen: Verknüpfung bestehender und neuer digitaler Bildungsplattformen zu bundesweiten und europäisch anschlussfähigen Plattform-System</i> • <i>Zugang zu digital gestützten Bildungsangeboten erleichtern</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Open-Source-Plattform mit Lehr- und Lernmaterialien und Unterrichtskonzepte: offen, dezentral, sicher und vernetzt</i> • <i>Europäische Medienplattform für Qualitätsinhalte der öffentlich-rechtlichen Medien Europas</i> • <i>Förderung für Open Science & Wissenschaftskommunikation</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Digitalisierung ist kein Selbstzweck: Grundsätzlich benötigen Schulen eine moderne, zeitgemäße IT-Ausstattung.</i> • <i>Verbindliche Kriterien für Rahmenlehrpläne und Curricula</i> • <i>Die ersten vier Schuljahre vorwiegend in digitalfreien Räumen zur Aneignung der grundlegenden Kulturtechniken</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Experimentelles Lernen und Kreativzonen durch MakerSpaces</i> • <i>Digitalpakt 2.0 & Learning Analytics</i> • <i>Gründung einer European Digital University (EDU) als einzigartiger Plattform mit digitalen E-Learning-Angebote der beteiligten Hochschulen aller EU-Mitgliedstaaten</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Kostenfreie Leihgeräte von der Schule für gesamte Schulzeit mit quelloffenen Betriebssystemen und freier Software</i> • <i>Digitale Bildung vorrangig über freie Bildungsmaterialien</i> • <i>Open Access für Forschungsergebnisse standardmäßig</i> • <i>Open-Access-Strategie im Kulturbereich</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Zeitgemäße, datenschutzfreundliche digitale Ausstattung mit Strukturen und freier und offener Software, die die Schulen beim digitalen Lehren und Lernen wirkungsvoll unterstützen</i> • <i>Zugang zu Forschungs- und Bildungsdaten: FAIR Data</i> • <i>Open Access bei Publikationen zum Standard erklären</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Förderung der Wissenschaft nach Open Access Prinzip</i> • <i>Freie Bildung und Forschung</i> • <i>Digitale Commons: Freie Bildungsangebote und OER</i> • <i>Anpassung des Urheberrechts & freier Zugang zu Wissen</i> • <i>Rechtliche Rahmenbedingungen für OER & Open Access</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Kompetenzzentrum Open Source Lösungen für Bildungssektor</i> • <i>Keine Abhängigkeiten von einzelnen Hard- und Software-Herstellern durch Einsatz von Open-Source-Lösungen</i> • <i>Digitale Lehre ermöglichen und verbessern</i> • <i>Interkommunaler Austausch zu Best Practices</i>

1.8 Web 2.0-Technologien und Social Media im öffentlichen Sektor

	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Bund, Länder und Kommunen müssen zusammenarbeiten und gemeinsam offene Standards und Schnittstellen als Grundlage für eine Verwaltungsinfrastruktur schaffen</i> • <i>Der digitale Staat als Treiber in der eigenen Verwaltung</i> • <i>FITKO sollte personell und technisch gestärkt werden</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Öffentlich finanzierte Software sollte, wo möglich, als Open-Source transparent entwickelt und öffentlich zugänglich gemacht werden</i> • <i>Digitale Souveränität: Angebote mit hoher Datensouveränität</i> • <i>Medienkompetenz ist vor allem eine Demokratiekompetenz</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien auch im digitalen Bereich (Internet, soziale Medien und Plattformen)</i> • <i>Bevorzugter Einsatz (ggf. zu entwickelnder) quelloffener Software für digitale Verwaltungsprozesse, auch für den Betrieb von Servern und Arbeitsplatzrechnern</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Easy Tax – einfache Steuererklärung</i> • <i>Die IT-Systeme der öffentlichen Hand sollen stärker als bislang auf Open-Source-Lösungen bauen, um die Abhängigkeit von einzelnen Anbieterinnen und Anbietern proprietärer Software zu verringern</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Staatliche Förderung von Entwicklung und Betrieb von Open-Source-Betriebssystemen und Anwendungen</i> • <i>In der öffentlichen Verwaltung müssen Open-Source-Technologie, freie Software und offene Datenformate eingesetzt werden, für Datensicherheit und Schutz</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Europäische Cloud Infrastruktur auf Basis von Open-Source</i> • <i>Software und Schnittstellen anbieten, die sich an länderübergreifenden (Schnittstellen-)Standards orientieren</i> • <i>Digitale Serviceangebote der Verwaltung als Plattform für Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Gesetzliche Garantie für den anonymen, sowie autonomen und pseudonymen Zugang zu Netzdiensten</i> • <i>Für die öffentliche Verwaltung ist der Einsatz quelloffener Software grundsätzlich vorzuziehen & Unterstützung der Behörden bei der Umstellung auf offene Software</i>
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Freie Software und offene Standards als zentrale Säulen unserer modernen, digitalisierten Gesellschaft</i> • <i>Einrichtung eines möglichst unabhängigen, staatlich finanzierten Fonds zur Weiterentwicklung von offenen Standards sowie Freier und Open Source-Software (FLOSS)</i>

1.9 Offene Gesellschaftliche Innovation

	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau von Experimentierräumen und Reallaboren • Wir brauchen Offenheit für soziale Innovationen • Ehrenamtliche Digitalbotschafterinnen und Digitalbotschafter • Flexible und agile Instrumente für SPRIND zur Identifizierung, Entwicklung und Finanzierung vielerspr. Innovationsprojekte
	<ul style="list-style-type: none"> • Daten für gemeinwohlorientierte digit. Innovationen nutzen • Nationale Strategie für die Förderung gemeinwohlorientierter Unternehmen und sozialer Innovationen • Gezielte Förderung von geistes-, sozial-, und kulturwissenschaftliche Forschung für kulturelle und soziale Innovationen
	<ul style="list-style-type: none"> • Marktwirtschaftliche Wirtschafts- und Innovationspolitik: Unser sozialpolitisches Ziel bleibt „Wohlstand für alle“!
	<ul style="list-style-type: none"> • Innovationsprinzip bei politischen Entscheidungen • Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG) zur Unterstützung technologischer und soziale Innovationen • Umweltpolitik als Innovationsmotor • Innovationsbotschafter in Digitalisierungszentren entsenden
	<ul style="list-style-type: none"> • Landkreise, Städte und Gemeinden müssen beim Aufbau digitaler Infrastrukturen unterstützt werden. Smart City darf kein Geschäftsmodell großer Konzerne bleiben. Neue Technologien gehören in Bürger*innenhand, um ihre Teilhabe bei der Entwicklung des Wohnumfelds zu verbessern
	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Experimentierräumen und Reallaboren • Problemlösung durch freies und kreatives Handeln, Dynamik eines fairen Wettbewerbs & Stärke von gesell. Kooperationen • Investitionsoffensive und staatlicher Wagniskapitalfonds • Hochschulen als Zukunftslabore für Wirtschaft & Gesellschaft
	<ul style="list-style-type: none"> • Innovationen und Fortschritt mit den Bürgern abgleichen • Beteiligung der Bevölkerung bei Smart City-Projekten über Kollaborationsplattformen • Methoden wie „Open Innovation“ für die Gestaltung smarter Städte nutzen
	<ul style="list-style-type: none"> • Innovationspotenzial unserer Marktwirtschaft mobilisieren durch Unterstützung jener Unternehmer und Unternehmen, die sich zu einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Marktwirtschaft bekennen und sie zum Maßstab ihrer unternehmerischen Entwicklung machen

1.10 Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger am Wahlprogramm

	<ul style="list-style-type: none">• Vorstellung des gemeinsamen Bundestagswahlprogramms am 21.06.2021 durch die Vorsitzenden von CDU und CSU, Armin Laschet und Markus Söder• Keine weiteren Hinweise auf Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger ohne Parteibuch am Parteiprogramm
	<ul style="list-style-type: none">• Programmprozess unter Beteiligung von Bürgern & Experten mit Branchendialogen, Zukunftsdialogen und Konsultationen• Erarbeitung unter Beteiligung von SPD-Mitgliedern & Nutzern in digitaler Programmwerkstatt & digitalem Debattencamp• Beschluss durch den digitalen SPD-Parteitag am 09.05.2021
	<ul style="list-style-type: none">• Einstimmiger Beschluss des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2021 auf dem 12. AfD-Bundesparteitag in Dresden am 11.04.2021• Keine weiteren Hinweise auf Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger ohne Parteibuch am Parteiprogramm
	<ul style="list-style-type: none">• Angebot für eine offene digitale Beteiligung über das digitale Umfrage- und Beteiligungstool „FDP fragt“• Diskussionsmöglichkeiten für Bürger in 2. Beteiligungsstufe• Beschluss des Wahlprogramms auf dem 72. ordentlichen Bundesparteitag online am 16.05.2021
	<ul style="list-style-type: none">• Bürger konnten den ersten Programmentwurf kommentieren und eigene Ideen und Vorschläge einbringen• Beschluss des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2021 auf der 2. Tagung des 7. Bundesparteitag (Wahlprogramm-parteitag 2021) online am 20.06.2021
	<ul style="list-style-type: none">• Wahlprogrammprozess auf neuem Grundsatzprogramm• Beschluss des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021 auf der 46. Bundesdelegiertenkonferenz online am 13.06.2021• Keine weiteren Hinweise auf Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger ohne Parteibuch am Parteiprogramm
	<ul style="list-style-type: none">• Jeder Bürger, auch ohne Parteimitgliedschaft, kann sich in Arbeitsgruppen beteiligen und Vorschläge einbringen• Interne Vorbesprechung und Einreichung über Antragsportal• Beschluss des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021 auf dem 24. Bundesparteitag online am 29.05.2021
	<ul style="list-style-type: none">• Parteibasis beteiligte sich breit an Diskussion & Formulierung• Volunteers (Sympathisierende ohne Parteimitgliedschaft) konnten den Entwurf im Anschluss digital kommentieren• Beschluss des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021 beim 7. Bundesparteitag online am 30.05.2021

Betrachtete Wahlprogramme

CDU/CSU 2021: CDU/CSU: Das Programm für Stabilität und Erneuerung – Gemeinsam für ein modernes Deutschland, Programm vom 21.06.2021, Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union, Berlin 2021. Online:

<https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>.

SPD 2021: SPD: Aus Respekt vor Deiner Zukunft – Das Zukunftsprogramm der SPD - Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben, Programm vom 10.05.2021, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin 2021. Online:

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/20210301_SPD_Zukunftsprogramm.pdf.

AfD 2021: AfD: Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, Programm vom 03.06.2021, Alternative für Deutschland, Berlin 2021. Online:

https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210601_AfD_Programm_2021_ONLINE.pdf.

FDP 2021: FDP: Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten, Programm vom 15.06.2021, Freie Demokratische Partei, Berlin 2021. Online:

https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf.

LINKE 2021: DIE LINKE: Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit – Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021, Programm vom 20.06.2021, Berlin 2021. Online:

https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf.

B90 2021: Bündnis 90/Die Grünen: Deutschland. Alles ist drin. – Bundestagswahlprogramm 2021, Programm vom 18.06.2021, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2021. Online:

https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf.

Piraten 2021: Piratenpartei Deutschland: Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 der Piratenpartei Deutschland, Programm vom 28.07.2021, Piratenpartei Deutschland, Berlin 2021. Online:

<https://www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2021/08/Wahlprogramm-zur-Bundestagswahl-2021-der-Piratenpartei-Deutschland.pdf>.

Volt 2021: Volt Deutschland: Unsere Zukunft, Made in Europa. Bundestagswahlprogramm 2021. #GenerationEuropa, Programm vom 31.05.2021, Volt Deutschland, Berlin 2021. Online:

<https://assets.volteuropa.org/2021-06/Wahlprogramm%20Langversion.pdf>.

Anmerkung:

Die Reihenfolge der Parteien ergibt sich aus dem Zweitstimmenergebnis zur Bundestagswahl 2017.